



**landkreis
hameln-pyrmont
der landrat**

Fraktionsantrag

Vorlage Nr. 200/2013

Datum: 21.11.2013

<input checked="" type="checkbox"/>	öffentlich
<input type="checkbox"/>	nicht öffentlich

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Kreisausschuss	03.12.2013	16
Kreistag	17.12.2013	

TOP	Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/PIRATEN Verabschiedung einer Resolution zur Absicherung der Schulsozialarbeit
------------	--

Beschlussempfehlung

Entsprechend des Antrages der Gruppe SPD/GRÜNE/PIRATEN vom 12.11.2013 wird die als Anlage zum Antrag formulierte Resolution zur Absicherung von Schulsozialarbeit verabschiedet.

Begründung

Mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes hat der Bund Ende 2010/Anfang 2011 400 Millionen Euro jährlich für die Schaffung von Stellen in der Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt.

Die im Landkreis Hameln-Pyrmont seit 2012 über das Bildungs- und Teilhabepaket erfolgte Ausweitung der Schulsozialarbeit hat sich bestens bewährt. Schulsozialarbeit leistet einen wertvollen Beitrag für Kinder und Jugendliche zu einem gesunden Aufwachsen und zu erfolgreichen, zufriedenen Lebens- und Bildungsverläufen.

Mit dem Ansatz früher und zielgerichteter Hilfen im Primarbereich eröffnet Schulsozialarbeit insbesondere Kindern aus bildungsfernen Familien und aus Familien, in denen nicht überwiegend deutsch gesprochen wird, einen besseren Zugang zu Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Vor allem Kinder und Jugendliche, die aufgrund sozialer Risikofaktoren schlechtere Bildungschancen haben, erfahren durch die sozialpädagogischen Angebote an Schule eine zukunftsweisende Förderung.

Schulsozialarbeit unterstützt inklusive Beschulung, vermindert auf vielfältige Weise Schulverweigerung und –abbruch und trägt nicht zuletzt zu einem verbesserten sozialen Miteinander bei. In den zentralen Phasen des Übergangs von der schulischen in die berufliche Ausbildung leistet Schulsozialarbeit einen wesentlichen Beitrag für einen gelingenden beruflichen Einstieg.

Aus Sicht der Verwaltung sollte dem Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/PIRATEN entsprochen werden, um dem Bundesgesetzgeber deutlich zu machen, dass eine Fortführung von Schulsozialarbeit und deren Finanzierung sinnvoll und notwendig ist. Schulsozialarbeit ist nicht zuletzt erforderlich zur Stärkung von Schulen im ländlichen Raum. Sie ist die Basis für eine erfolgreiche Kooperation von Jugendhilfe und Schule und schafft eine Schnittstelle in die Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern.

Die Finanzierung dieser Aufgabe aus Bundesmitteln läuft zum Jahresende 2013 aus. Mit der Resolution soll der Bundesgesetzgeber aufgefordert werden, die Finanzierung über den bisherigen Zeitpunkt hinaus fortzusetzen. Wegen der Details wird auf den als **Anlage** beigefügten Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/PIRATEN verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen sind mit der Verabschiedung der Resolution nicht verbunden.

Demografie

Auswirkungen auf die demografische Entwicklung sind mit der Verabschiedung der Resolution nicht verbunden.

Inklusion

Auswirkungen auf die Inklusion ergeben sich aus der Vorlage nicht.

Hameln, 21.11.2013

Tjark Bartels

Anlage

Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/PIRATEN vom 12.11.2013